

Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 776 vom 17.09.2020

Editorial: Nicht-Antworten, Isolieren, Ausgrenzen, Diffamieren – Arroganz der Macht?

Liebe Leser,

nein, wir sind keine „brave Alten-Truppe“, die sich ab und zu nur zum Kaffeetrinken trifft, und wie bei traditionellen Klassentreffen, über alte Zeiten sinniert. Wir lesen Zeitungen, wir hören Radio, sehen fern. Wir staunen, wieviele Medien-Mitarbeiter mittlerweile wohl aus einem der staatlichen Programme gegen „Rechts“ finanziert werden, so dass schon fast gezwungenermaßen jegliche Unterscheidungen im Begriff fallengelassen werden: Alles was nicht „Links“ ist, wird eben als „Rechts“ bezeichnet. Und so werden auch Berichte über verschiedenste Personen und Organisationen „geschickt“ gemischt, so dass auch der unaufmerksame Bürger nicht mehr klar sieht. Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Wahlbeteiligung um 50 Prozent, d.h. jeder Zweite geht nicht zur Wahl. Themen der Kommunalpolitik, Landespolitik und Bundespolitik werden undifferenziert durcheinander gemischt, Ergebnisse der Kommunalwahlen auf die Bundesebene „hochgerechnet“.

Es gäbe viel zu tun. Mit der Infrastruktur steht es nicht zum Besten, Länder, die angeblich zu den Armen in Europa gehören, sind uns sichtbar voraus. In Schulen haben viele Schüler Probleme mit der deutschen Sprache, weil Sie eine andere Muttersprache haben und eigentlich gesondert gefördert werden müssten. Kürzlich waren wir wieder in unserem östlichen Nachbarland Polen. Als Auswärtige hatten wir das Gefühl: Donnerwetter, hier geht's voran: große Neubaugebiete mit einzeln stehenden Häusern (leider mit blauen Dachziegeln), intakte Straßen, gefüllte Gaststätten, freundliche Menschen. Sicherlich gibt es auch dort Probleme, die Weiterführung der Außenstelle unseres Westpreußischen Landesmuseum, Hauptstandort Warendorf in NRW, in Krockow bei Danzig soll gefährdet sein. Hier soll die Politik aus Warschau eine Rolle spielen.

Kehren wir zurück an den Berliner Horizont. Da gibt es Ärger genug. Neben der Corona-Pandemie, die wir ernst nehmen, weil ihre Auswirkungen noch zu unbekannt sind, beschäftigen uns auch Probleme, die politisch bedingt sind. Es macht uns fassungslos, dass in den letzten Jahren hunderte von Ehrengräbern von der Liste gestrichen worden sind und dazu eine höchst zweifelhafte „Rechtsordnung“ die Grundlage bildet. Wir sind fassungslos, dass Straßennamen wie auf dem Trödelmarkt verhökert werden, Gruppen viel Geld erhalten, die sich mit sogenannter „Decolonization“ beschäftigen usw. Begriffe werden als Totschlagargumente eingesetzt, gleichzeitig aber verwenden Institutionen, Personen, die bei jedem „Negerkuss“ aufheulen, Begriffe wie „Vandalismus“ inflationär und greifen zerstörerisch in unser Geschichtsbild ein, ohn darüber sich mit Bürgern auseinandersetzen zu wollen. Die Mohrenstraße (s. S. 1) soll umbenannt werden, die Sozialdemokraten und Bündnis 90 / Die Grünen haben den Beschluss in der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Mitte „durchgepeitscht“ (zeitlich zu sehen), obwohl die Partei „Die Linke“, die das ebenfalls auf ihre Fahnen geschrieben hat, in diesem Falle sogar eine Bürgerbeteiligung forderte, aber von SPD und Grünen abgeschmettert wurden. Und die hier so aktiven Parteien gehen auf Tauchstation, wenn ihre Entscheidungen von kritischen Bürgern hinterfragt werden: die für die beabsichtigte Umbenennung des Maerckerwegs in Berlin-Lankwitz verantwortlichen Parteien antworten auf unsere Anfragen nicht, eine Opposition findet kaum statt!

Rettet unsere Geschichte, lasst uns miteinander reden. Eine Arroganz der Mächtigen darf es hierzulande nicht geben!

Es grüßt landsmannschaftlich und herzlich Ihr Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

